

Bericht über die Entwicklung in POLEN

Februar-März 1965

I. <u>Politische Ereignisse</u>	Seite: 1
1) Wahlen in Polen	1
2) Plenum des Zentralkomitees	3
3) Moskauer Treffen der Kommunistischen Parteien	7
4) GOMULKA 60 Jahre	9
5) Veränderungen in der Armee	11
6) RAPACKIs Aktivitäten	12
7) Parteitag der "Demokratischen Partei"	13
8) Verjährung in Deutschland	15
II. <u>Wirtschaft und Verschiedenes</u>	16
1) Wirtschaftsprobleme vom ZK beraten	16
2) Wirtschaftliche Ergebnisse des Jahres 1964	20
3) Der nüchterne Patriotismus	26

- - - - -

I. POLITISCHE EREIGNISSE

1) "Wahlen" in Polen

Zum dritten Male seit dem Machtantritt GOMULKAs sollen am 30. Mai Wahlen zum polnischen Sejm stattfinden. Am gleichen Tage werden auch die Volksräte (Kommunalparlamente) gewählt.

Die ersten Sejmwahlen nach dem Oktober 1956 fanden im Januar 1957 statt. Sie boten dem neu installierten GOMULKA-Regime die Gelegenheit, die Veränderungen im nachstalinistischen Polen zu demonstrieren. Es wurden freiere Wahlen ausgeschrieben, als es sie bisher gab. Die Zahl der Kandidaten auf der Einheitsliste war fast doppelt so groß wie die Zahl der zu wählenden Sejmabgeordneten. In jedem Wahlbezirk konnten die Wähler eine Anzahl von Namen aus der Liste streichen. Die Kandidaten zum Sejm wurden von den drei politischen Parteien (der Vereinigten Arbeiterpartei, der Bauernpartei und der Demokratischen Partei) sowie den Massenorganisationen aufgestellt. Kurz nach dem Oktoberumschwung war der Druck der Massen auf diese Gruppen noch außergewöhnlich stark. Die Kommunisten tolerierten deshalb viele Kandidaten, die nicht in ihr Konzept paßten. Die Mehrzahl der aufgestellten Kandidaten vertrat zwar die kommunistische Partei, jedoch waren die Wähler in der Lage, diese Mehrheit durch Streichungen zu verhindern. Die Stimmung der Massen war so, daß diese Gefahr tatsächlich bestand. Moskau wies GOMULKA darauf hin und drohte mit einer militärischen Intervention, wenn die Wahlen zum Sturz der KP führen sollten. GOMULKA appellierte deshalb verzweifelt an die Wähler, ihre Stimmzettel ohne Streichungen abzugeben. In diesem Falle war die kommunistische Mehrheit gesichert, weil die meisten Kandidaten dieser Partei auf den vorderen Listenplätzen standen, überdies wandte er sich an die katholische Kirche, da sich viele Polen an der Haltung des eben aus dem stalinistischen Gefängnis entlassenen Kardinals WYSZYŃSKI orientierten. Die Kirche unterstützte GOMULKA, weil sie Polen eine Tragödie im ungarischen Stil ersparen wollte.

Vier Jahre später, im Dezember 1960 wurde in Polen wieder gewählt.

Die Partei war diesmal entschlossen, weniger zu riskieren. Die Aufstellung der Kandidaten wurde sorgfältig manipuliert. Der Wähler hatte zwar auch diesmal die Möglichkeit, gewisse Kandidaten von der Liste zu streichen, allerdings wurde dieses Recht dadurch eingeschränkt, daß die Zahl der Kandidaten nur um ein Viertel die Zahl der zu wählenden Abgeordneten überstieg. Die Gefahr, daß die Kommunisten keine Mehrheit mehr erzielen könnten, war dadurch ausgeschlossen.

Es ist zu erwarten, daß bei den bevorstehenden Wahlen die Wahlordnung vom Dezember 1960 übernommen oder nur leicht modifiziert wird.

Eine zweite Veränderung zwischen den Wahlen von 1957 und 1960 auf der einen sowie den jetzt bevorstehenden Wahlen auf der anderen Seite liegt darin, daß sich die Rolle des Parlaments geändert hat. Den Reformern des Kommunismus, die später als "Revisionisten" und "Liquidatoren" entmachtet wurden, schwebte 1956 ein Parlament vor, das eine Art Gegengewicht zur Herrschaft der Partei bilden sollte. Nach den Vorstellungen des fortschrittlichen Flügels der Partei sollten dem Sejm echte gesetzgeberische Funktionen eingeräumt werden. In der kommunistischen Praxis beschränken sich die Parlamente bekanntlich darauf, über die ihnen von der Exekutive vorgelegten Gesetzesentwürfe abzustimmen, d.h. sie zu billigen. In einem Parlament nach Vorstellung der Reformer sollten echte Debatten über die von der Regierung eingebrachten Entwürfe stattfinden und diese auch verändert oder gar abgelehnt werden können. Außer den gesetzgeberischen sollte der Sejm noch umfangreiche Kontrollfunktionen bekommen. Durch den Umfang dieser Kontrollen sollte die Rechtsstaatlichkeit gesichert werden. Von diesen großen Plänen, die eine Demokratisierung des Systems bedeutet hätten, ist kaum etwas geblieben. GOMULKA selbst dachte niemals im Ernst an solche weitgehenden Reformen und trat ihnen damals nur aus taktischen Gründen

~~nur schrittweise entgegen.~~

Wenn in Polen heute Wahlpropaganda mit einem gewaltigen Aufwand getrieben wird, wenn man die Bedeutung des Wahlaktes betont und von der großen Rolle spricht, welche der Sejm angeblich erfülle, so handelt es sich hier nur um ein bewährtes Mittel der kommunistischen Taktik: Realitäten durch Fiktionen zu ersetzen. Allerdings nimmt niemand in Polen den Wahlakt mehr ernst. Die Illusionen aus den Jahren 1956 bis 1960 sind verschwunden, denn die Entwicklung hat gelehrt, daß die Kommunisten nur solche Konzessionen machen, zu denen sie durch Etappen der Schwächung ihrer Macht und den dann wirksamen Druck von unten gezwungen werden.

2) Plenum des Zentralkomitees der PZPR

Mitte März fand in Warschau eine Sitzung des ZK der Partei statt, an der auch Vertreter der Volksräte (Kommunalparlamente) und Funktionäre der "Nationalen Front" teilnahmen. "Die Wahlen zum Sejm und zu den Volksräten sowie die Aufgaben der Parteiorganisationen" standen zur Debatte.

In seiner Rede vor dem Plenum erklärte GOMULKA:

"Das politische Bündnis der drei Parteien und die aus ihm resultierenden gemeinsamen Wahllisten der Kandidaten der Nationalen Front sind eine große und positive politische Errungenschaft Volkspolens."

Scharf griff der polnische Parteichef alle an, die über diese Einheitslisten eine eigene Meinung zu haben wagen:

"Selbstverständlich gefällt dieses Bündnis, und gefallen insbesondere die gemeinsamen Wahllisten verschiedenen Feinden des Sozialismus und Volkspolens nicht. Sie waren und werden auch in Zukunft Gegenstand ihrer Angriffe sein, die vor allem gegen unsere Partei, als die beim Aufbau des Sozialismus in unserem Lande führende Kraft, gerichtet sind. Das wundert uns keineswegs. Was für Polen gut ist, muß logischerweise für diejenigen schlecht sein, die lediglich wegen ihrer antikommunistischen Einstellung Polen schwach sehen möchten..."

auf Fragen der Außenpolitik übergehend, erklärte GOMULKA:

"Einen unerschütterlichen Grundsatz unserer Außenpolitik bildet die brüderliche Freundschaft und das enge Bündnis mit der SU und allen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes."

Diese Feststellung ist insofern bemerkenswert, als bisher niemals nur von den Staaten des Warschauer Paktes, sondern immer von den "Sozialistischen Staaten" die Rede war. Damit wurde auch China angesprochen. Die neue Formulierung schließt China ohne jede Polemik aus dem Kreis der Freunde aus. Eine weitere bemerkenswerte Nuance brachte folgende Feststellung des polnischen Parteichefs:

"Das polnisch-sowjetische Bündnis bildet einen äußerst wichtigen Faktor für die Sicherheit und Entwicklung unseres Landes. Das
+ polnisch-sowjetische Bündnis entspricht aber auch den lebens-
+ wichtigen Interessen der Sowjetunion und ihrer Völker, weil sie
+ die Sicherheit und die internationale Position des Sowjetstaates
+ festigt."

Dieses Selbstbewußtsein ist ziemlich neu, bis jetzt wurde nur einseitig hervorgehoben, daß Polen sowjetische Hilfe brauche. Die Erwähnung der polnisch-sowjetischen Freundschaft nahm GOMULKA zum Anlaß, um gegen Versuche der "Aufweichung" des Ostblocks Stellung zu nehmen:

"Die Feinde unseres sozialistischen Staates glauben, daß das polnische Volk darum allgemein das polnisch-sowjetische Bündnis unterstützt, weil der Westen davon Abstand nimmt, die in Potsdam festgesetzte polnische Westgrenze offiziell anzuerkennen. Wenn die Westmächte, so sagen etliche Leute, offiziell mindestens in der Art wie Frankreich die bestehenden polnisch-deutsche Staatsgrenze als endgültig betrachten würden, so brauche Polen die revisionistisch-militärische Politik der Bundesrepublik nicht mehr zu fürchten und könne seine Verbindung zur Sowjetunion auflockern. Wir Polen fürchten uns aber weder vor den revisionistischen Bestrebungen der Bonner Regierung und der westdeutschen Militaristen, noch vor denjenigen, die sich Illusionen machen, daß sie ihre territorialen Ansprüche an Polen wie eine polnisch-deutsche Schachpartie betrachten können."

Polen hat keine gemeinsame Grenze mit der Bundesrepublik, es hat eine gemeinsame Grenze mit der DDR, die schon längst die polnisch-deutsche Grenze an O der und Neiße anerkannt hat. Die territorialen Ansprüche eines Staates gegenüber einem anderen, von dem er durch einen dritten Staat getrennt ist, sind ein Unsinn, es sei denn, die Bundesrepublik stützt ihre revisionistische Konzeption auf die Entfesselung eines internationalen Krieges. Polen verlangt von den Westmächten eine offizielle Anerkennung der polnisch-deutschen Grenze an der Oder und Neiße nicht darum, weil es ohne eine solche Anerkennung Zweifel an der Dauerhaftigkeit und Unantastbarkeit dieser Grenze hätte, sondern um den Frieden in Europa zu festigen, welcher durch die westdeutschen Militaristen, durch die Bonner Regierung und ihre Politik der territorialen Ansprüche unterminiert wird. Eine offizielle Anerkennung unserer Westgrenze wäre ein Akt zur Sicherung des Friedens. Früher oder später wird die Zeit kommen, daß die Westmächte den endgültigen Charakter der bestehenden polnisch-deutschen Staatsgrenze offiziell akzeptieren werden. Das polnische Volk würde einem solchen Akt volle Achtung zeigen. Das hätte jedoch keinen Einfluß auf unsere Außenpolitik, auf unsere Haltung gegenüber der Sowjetunion, gegenüber der Einheit der sozialistischen Staaten. In der heutigen geteilten Welt würde die Sicherheit und die Unantastbarkeit unserer West- und Nordgrenze sich auch nach ihrer Anerkennung durch die Westmächte, selbst durch die Bundesrepublik, weiterhin wie heute auf das unerschütterliche Bündnis mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten stützen. Jedoch eine positive Wendung in der Haltung des Westens, insbesondere der Bundesrepublik, gegenüber unserer Grenze an der Oder und Neiße ist nicht in Sicht."

Den Schlußteil seiner Rede widmete GOMUBKA der Einheit im kommunistischen Lager:

"Eine entscheidende Bedeutung für die Abwendung einer den Frieden gefährdenden Entwicklung hat das Zusammenhalten aller revolutionären Kräfte in der Welt. Wenn der Zusammenhalt dieser Kräfte, welcher hauptsächlich durch die Einheit des sozialistischen Lagers bedingt ist, nicht gelockert worden wäre, so könnte sich der Imperialismus viele von den jetzigen aggressiven Akten nicht leisten, die er heute gegenüber den national-freiheitlichen Bewegungen begeht..."

Differenzen zwischen den Staaten des sozialistischen Weltsystems und in der internationalen kommunistischen Bewegung schwächen alle revolutionären Kräfte in der Welt, was die Imperialisten zu Aggressionsakten ermuntert. Die Einheit der Aktion im sozialistischen Lager und in der kommunistischen internationalen Bewegung ist die brennende Notwendigkeit unserer Zeit. Um diese Einheit zu stärken, spricht sich unsere Partei gemeinsam mit der großen Mehrheit der kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt für die Vorbereitung und Einberufung eines neuen beratenden Treffens aller Parteien aus. Eine erste Stufe auf diesem Wege war das beratende Treffen der Vertreter der 19 Parteien."

Mit diesen Worten kam GOMULKA auf die Konferenz zu sprechen, die Anfang März in Moskau stattfand. Für die Schwierigkeiten, mit denen der internationale Kommunismus durch den Konflikt zwischen Moskau und Peking zu kämpfen hat, spricht schon die Tatsache, daß ein gemeinsames Kommuniqué nach diesen Beratungen erst am 10. März veröffentlicht werden konnte. Mit der eigenen Stellungnahme zu diesem Treffen wartete Warschau bis zur ZK-Sitzung. Neben GOMULKA äußerte sich zu den Problemen dieser Konferenz auch sein engster Mitarbeiter Zenon KLISZKO.

3) Moskauer Treffen der kommunistischen Parteien

An der Spitze der dreiköpfigen polnischen Delegation zum Treffen der 19 kommunistischen Parteien, welches zwischen dem 1. und 5. März in Moskau stattfand, stand das Mitglied des Politbüros und des ZK-Sekretariats Zenon KLISZKO. Am 17. März berichtete er dem ZK in Warschau über den Verlauf dieses Treffens:

"Wir alle waren einig darüber, daß dieses Treffen keine bindenden Beschlüsse fassen dürfe, sondern lediglich gemeinsame Meinungen in allen jenen Fragen zum Ausdruck bringen solle, in welchen die Ansichten der Teilnehmer übereinstimmen...

Es gab in dieser Diskussion keine polemische Äußerungen gegenüber den Parteien, die an dem Treffen nicht teilgenommen haben. Alle Delegationen strebten eine Überwindung der augenblicklichen Schwierigkeiten in der internationalen kommunistischen Bewegung an. Unsere Delegation vertrat folgenden Standpunkt: Wir stellten fest, daß sowohl die allgemeine internationale Entwicklung als auch die Situation in der internationalen kommunistischen Bewegung die Vorbereitung und Einberufung eines neuen Treffens aller Parteien notwendig macht. Insbesondere ist es notwendig, die Grundsätze der gemeinsamen Strategie im Kampf gegen den Imperialismus in der jetzigen Etappe neu zu bestimmen...

Die wichtigste Aufgabe für die kommende Konferenz der kommunistischen Parteien muß jedoch die Klärung der Lage innerhalb der kommunistischen Bewegung sein. Lebenswichtige Interessen des Friedens, des Sozialismus und der Freiheit der Völker verlangen eine Überwindung der Spaltung in dieser Bewegung...

Es wird schwer sein, in kurzer Zeit die unterschiedlichen ideologischen Ansichten innerhalb unserer Bewegung auf einen Nenner zu bringen. Die Aufgabe, die nach unserer Ansicht jetzt vor der kommunistischen Bewegung steht, besteht darin, Methoden des Zusammenwirkens auszuarbeiten, welche trotz der ideologischen Unterschiede eine Einheit unserer Politik gegenüber dem Imperialismus ermöglichen...

Die Delegation unserer Partei äußerte die Meinung, daß der Schlüssel zur Aufrechterhaltung der politischen Einheit der kommunistischen Weltbewegung in den gegenseitigen Beziehungen zwischen jenen Parteien liegt, welche in sozialistischen Staaten die Macht ausübt.

Wir machten darauf aufmerksam, daß die neue Führung der KPdSU während der wenigen Monate ihres Wirkens zahlreiche Beweise guten Willens gegeben hat und ihrerseits große Anstrengungen für die Einheit des sozialistischen Lagers und der kommunistischen Bewegung machte...

Wir gaben der Überzeugung Ausdruck, daß sich in der Periode der Vorbereitungen zu einem neuen Treffen die Kommunistischen Parteien der sozialistischen Staaten besonders um die Einhaltung des Prinzips der gegenseitigen Konsultationen in allen wichtigen Fragen der internationalen Politik kümmern müssten und alles vermeiden sollten, was die Differenzen vergrößern könnte...

Unsere Delegation sprach sich entschieden für die Unterbrechung der brutalen und aggressiven Polemik in der internationalen kommunistischen Bewegung aus...

In einer Situation, in der eine einheitliche internationale Organisation der kommunistischen Bewegung mit einem internationalen Führungszentrum nicht existiert, weil sie nicht existieren kann, sind einzig und allein die periodisch zu veranstaltenden Treffen aller Parteien ein zuständiges und kompetentes Forum für die Entscheidung aller Fragen, die für die ganze Bewegung von Bedeutung sind. Das bezieht sich auch auf die Übereinstimmung unserer Strategie im Kampf gegen den internationalen Imperialismus...

Es gibt heute keine wichtigere und vordringlichere Aufgabe als den Kampf um die Festigung der Einheit des sozialistischen Lagers und die internationale Solidarität der Arbeiterbewegung. Von ihnen hängt im großen Maße die Realisierung der historischen Aufgaben der Arbeiterklasse ab."

4) GOMULKA 60 Jahre alt

Wladislaw GOMULKA, der seit über 8 Jahren die Geschicke Polens in entscheidender Weise bestimmt, feierte am 6. Februar seinen 60. Geburtstag. Der Festtag wurde groß herausgestellt und zu einer Huldigung des Parteichefs gestaltet.

"Alles, worauf unser Volk mit Recht stolz ist", schrieb an diesem Tage die parteiamtliche "Trybuna Ludu", "verbindet sich unzertrennlich mit Deinem Namen, Deiner Arbeit als Führer unserer Partei und weitsichtigen Politiker. Deine langjährige Tätigkeit als Parteiführer und Staatsmann, als Kämpfer für die Sache des Sozialismus und des Friedens gab Dir eine große internationale Autorität und stellte Dich in die Reihe der führenden Männer der internationalen Arbeiterbewegung...

Unsere Partei ist stolz darauf, daß aus ihren Reihen ein Führer hervorging, dessen Tätigkeit stets den theoretischen Gedanken mit der lebendigen Praxis verband und der sowohl in unserem Lande als auch auf dem internationalen Forum einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung des zeitgenössischen Marxismus-Leninismus leistete."

Diese Überschwenglichkeit erinnert in gewisser Hinsicht an die Zeiten des Personenkultes, sie wirkte in weiten Kreisen peinlich. Die Form der Ehrungen, die dem Parteichef dargebracht wurden, geht bestimmt nicht auf seine Initiative zurück, denn GOMULKA ist als bescheidener Mann bekannt.

Auch die Glückwunschtelegramme der ausländischen "Bruderparteien" und die Art ihrer Veröffentlichung sind interessant. Auf der ersten Seite der "Trybuna Ludu" wurden nur sechs Telegramme abgedruckt, und zwar in folgender Reihenfolge: Sowjetunion, China, Tschechoslowakei, "DDR", KP Frankreichs und KP Italiens. Die Sowjets sprechen von GOMULKA als dem "bedeutenden Partei- und Staatsführer Volkspolens", dem "bekannten Kämpfer der internationalen Arbeiterbewegung", dem "treuen Sohn Polens" und dem "großen und geschätzten Freund unseres Landes". Die Chinesen verzichteten auf die in allen sonstigen Glückwünschen übliche Anrede "Teurer Genosse" und beschränkten sich auf den Wunsch, daß "die Freundschaft und Einheit der Parteien und Völker Chinas und Polens sich auf der Basis des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus weiter festigen möge." ULBRICHT und die SED schickten das längste aller dieser sechs

Telegramme. Es ist voller Lob und in einem sehr warmen Ton gehalten.

Auf der zweiten Seite des Parteiorgans wurden weitere Glückwunschtelegramme veröffentlicht, und zwar in der alphabetischen Reihenfolge: Bulgarien, Jugoslawien (Nord-) Korea, Mongolei, Rumänien, Ungarn, (Nord-) Vietnam. Die Koreaner und Vietnamesen, haben, dem chinesischen Beispiel folgend, auf die Anrede "Teurer Genosse" verzichtet, die Rumänen begannen ihr Telegramm mit der Anrede "Sehr geehrter Genosse".

In einer kleinen Sonderrubrik wurden noch "einige weitere" Telegramme aufgezählt. Ein Telegramm aus Albanien oder Kuba befand sich nicht unter ihnen.

5) Veränderungen in der Armee

In einer außergewöhnlichen Form wurde die polnische Öffentlichkeit über die Neubesetzung einiger wichtiger Stellen in der Armee informiert.

Am 13. Februar erschien in der Presse ein Kommuniqué der offiziellen Nachrichtenagentur PAP über das Treffen der Spitze des Verteidigungsministeriums mit dem parteipolitischen Aktiv der Streitkräfte. Aus der Aufzählung der an dem Treffen beteiligten Personen geht hervor, daß die Posten des Generalstabschefs und des Leiters der politischen Erziehung der Streitkräfte neu besetzt wurde. Der bisherige Stabschef Armeegeneral Zygmunt DUSZYNSKI wurde von dem bisherigen Leiter der politischen Schulung, Divisionsgeneral Wojciech JARUZELSKI, abgelöst.

General DUSZYNSKI galt als ein politischer Freund des Partisanenführers Mieczyslaw MOCZAR, der vor wenigen Monaten zum Minister des Inneren avanciert ist. Es ist bekannt, daß die sog. "Partisanengruppe" seit langem

alle wichtigen Posten im Apparat der politischen Polizei und der militärischen und nicht militärischen Nachrichtendienste besetzt hält. Außerdem versuchte diese Gruppe, sich im Verteidigungsministeriums festzusetzen. Man weiß über GOMULKA, daß er auf die Aufrechterhaltung eines gewissen Gleichgewichtes der Kräfte in Partei und Staat bedacht ist. Möglicherweise soll die Absetzung DUSZYNSKI's den Machtzuwachs MOCZAR's ausgleichen.

Die verschleierte Form, in welcher man die Umbesetzungen im Verteidigungsministerium der Öffentlichkeit bekanntgab, wird als Beweis dafür angesehen, daß sie nicht einen routinemässigen, sondern einen politischen Charakter hatten.

6) RAPACKI's Aktivität

Der polnische Außenminister RAPACKI verbrachte in den letzten Monaten sehr viel Zeit auf Auslandsreisen. Das Ziel seiner Besuche waren ausnahmslos Hauptstädte von Ländern, die nicht zum Ostblock gehören. Vor wenigen Monaten besuchte er Kairo und Algier, Mexiko, New York (UNO), und Kopenhagen. Die letzten Besuche des Ministers brachten ihn nach Teheran und Brüssel.

Man weiß in Warschau, daß RAPACKI im nichtkommunistischen Ausland mit seinem einnehmenden Wesen und seiner gepflegten französischen Sprache Sympathien hat. Seine Disengagementvorstellungen, die er undogmatisch weiter vertritt, haben ihm auch politische Berührungspunkte mit etlichen Gruppierungen in aller Welt gebracht. Ohne Zweifel ist RAPACKI der beste Mann nicht nur für Warschau, sondern für den ganzen Ostblock, wenn es um die Interpretation der Politik der Koexistenz mit dem Westen geht.

7) Parteikongreß der "Demokratischen Partei"

Die "Demokratische Partei", eine Blockpartei, die in den Städten unter der Intelligenz und den Handwerkerkern wirkt, führte im Februar ihren diesjährigen Parteitag durch.

Die heutige Parteiführung der "Demokraten" besteht aus den letzten Überresten der Linksliberalen aus der Vorkriegszeit (die aber schon damals nie sehr zahlreich und einflussreich waren) und Kommunistische Agenten, die dort hin abkommandiert wurden, um die Partei auf den richtigen Kurs zu halten. Vor dem Oktober 1956 waren die meisten Schlüsselstellungen in der Parteispitze von verkappten Kommunisten besetzt, nach dem Oktoberumschwung sind sie zahlenmäßig stark reduziert worden, ohne jedoch völlig aus den Parteidienststellen zu verschwinden. Der langjährige Generalsekretär der "Demokratischen Partei", Len CHAJI, ist der prominenteste Vertreter dieser Gruppe. Ihm gleichzustellen ist der Parteivizechef, Karol WENDE. Dagegen gehören der Parteivorsitzende Prof. Stanislaw KULCZYNSKI und ein anderer Stellvertreter, Włodzimierz LECHOWICZ, der von den Stalinisten lange Jahre eingekerkert war, zu den Altliberalen, die Mitläufer geworden sind.

Am Vortage des Parteikongresses erschien im kommunistischen Parteiorgan "Trybuna Ludu" ein Artikel des demokratischen Parteivorsitzenden KULCZYNSKI, in welchem er die künftigen Aufgaben seiner Organisation umriß. KULCZYNSKI stellte fest, daß eine neue, wichtige Etappe des sozialistischen Aufbaus in Polen bevorstehe, die durch gesteigerte Bedeutung der qualitativen Elemente der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung gekennzeichnet werde. Dabei werde der Intelligenz und dem Handwerk eine wichtige Rolle zufallen.

Darauf ging auch GOMULKA ein. Vor der Eröffnung des Parteitages der Demokraten eine Begrüßungsansprache hielt.

Er versprach, daß die Kommunisten den Handwerkern und kommunalen Kleinbetrieben künftig verstärkte Hilfe gewähren wollen. Der Wert der Dienstleistungen soll in der Zeit des kommenden Fünfjahresplanes um 90 %, die Beschäftigung im Handwerk um 20 % erhöht werden. Wesentlich vergrößern soll sich auch die Zahl der Lehrlinge, was ein besonders schwieriges Problem war. Die Gesamtzahl der im Handwerk beschäftigten Personen betrug im vergangenen Jahre 660.000, davon 240.000 in privaten Handwerksbetrieben. Diese Zahl hat in letzten Jahren fast stagniert, so hat sie sich im Laufe des vergangenen Jahres nur um 10.000 vergrößert. Die Arbeit der Handwerker soll attraktiver werden. Die verbesserte Zuteilung von Rohstoffen und Maschinen, die Ausdehnung der Sozialversicherungen auf die im Handwerk Beschäftigten und die Aufhebung der Diskriminierung auf vielen Gebieten. (so durften z.B. die Handwerker, die in ihren Betrieben Arbeitskräfte beschäftigten, keine Wohnung in Wohnungsgenossenschaften bekommen) wurden zugesagt.

"Das Handwerk, sowohl die Genossenschaften als auch die Privatbetriebe besitzen in unserem Lande eine gute und dauerhafte Perspektive. Die Produktion des Handwerks und seine Dienstleistungen tragen zu einer besseren Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung bei und sind eine unentbehrliche Ergänzung der sozialistischen Wirtschaft. Darum kommt unsere Partei den Forderungen des Handwerks entgegen und bemüht sich, ihm seine Entwicklung zu sichern und zu erleichtern."

In der "Demokratischen Partei" möchte GOMULKA den Fürsprecher der Interessen des Handwerks sehen. Diese Partei ist allerdings kaum stark genug, um den Widerstand der provinziellen Parteibürokratie entgegenzuwirken, die handwerksfeindlich tendiert.

8) Verjährung

Die mit großer Leidenschaft und unter aktiver Mitwirkung aller Bevölkerungsschichten Polens geführte Kampagne gegen die Verjährung der Kriegsverbrechen wurde nach dem letzten Beschluß des Bundestages abgeschwächt, obwohl dieser Beschluß weder die offiziellen Stellen in Polen noch die polnische Öffentlichkeit befriedigte. Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" kommentierte die Bonner Entscheidung wie folgt:

"Die außergewöhnlich starke Welle der Proteste in vielen Ländern der Welt zwang die Bundesregierung, ihre Haltung zur Verjährung zu ändern. Der Stärke dieses Druckes, welcher auch von einem großen Teil der öffentlichen Meinung in Westdeutschland selbst ausgeübt wurde, verdankt man, daß die Mehrheit des Parlamentes sich endlich entschloß, die Verjährung zu verlänern...

Von allen möglichen Lösungen des Problems wählte das westdeutsche Parlament diejenige, die dem menschlichen Empfinden der Gerechtigkeit am wenigsten entspricht. Die Gerechtigkeit verlangt anzuerkennen, daß die nazistischen Morde etwas so außergewöhnliches waren, daß sie niemals verjähren können. Hätte das westdeutsche Parlament einen solchen Entschluß gefaßt, so könnte man es als konsequente Verurteilung des Naziregimes betrachten, dessen Praxis der Völkermord war. Aber das westdeutsche Parlament wollte eine solche Lösung nicht herbeiführen. Es drückte sich dadurch von der einzig anständigen Entscheidung. Der gefaßte Beschluß macht seinen Urhebern keine Ehre. Der Kampf dafür, daß die Naziverbrecher der Gerechtigkeit nicht entgehen, geht auf anderer Ebene weiter."

II. Wirtschaft und Verschiedenes

1) Wirtschaftsprobleme vom ZK beraten

Ein wichtiger Teil der ZK-Beratungen im März befaßte sich mit aktuellen Problemen der Wirtschaft. Sie nahmen einen großen Raum in den beiden Reden ein, die GOMULKA vor dem Plenum hielt.

GOMULKA befaßte sich mit verschiedenen speziellen Fragen, unter denen auch der Wohnungsbau eine wichtige Rolle spielte. Der Parteichef begann mit Zahlen. In der Periode des mit Ende dieses Jahres ablaufenden Fünfjahresplanes (1961 - 1965) wird man ca. 2.256.000 Wohneinheiten gebaut haben, davon 1.728.000 in den Städten. Während des kommenden Fünfjahresplanes (1966-1970) sollen 2,9 Millionen errichtet werden. (In den Städten 2.162.000).

Für den städtischen Wohnungsbau bedeutet das eine Erhöhung um über 19 %.

Die Zahl der gebauten Wohneinheiten ist jetzt schon größer, als die Quote des jährlichen Bevölkerungszuwachses. Das bedeutet, daß die Indexzahlen für die durchschnittliche Wohndichte je Quadratmeter niedriger wird, die Wohnverhältnisse verbessern sich langsam. Das ist u.a. auch darauf zurückzuführen, daß die Bevölkerungszunahme nicht mehr so rapide erfolgt, wie Anfang bis Mitte der fünfziger Jahre. Die durchschnittliche Wohndichte ist aber immer noch ziemlich hoch. Im Jahre 1970 wird sie noch 1,37 Personen je Wohnraum (nicht etwa je Wohnung!) betragen.

Während die Steigerung des Wohnungsbaues über 19 % betragen wird, sollen die Investaufwände für diesen Zweck nur um 4,7 % angehoben werden. Es soll also billiger gebaut werden. Wie man das erreicht, verrät GOMULKA mit der Andeutung, daß künftig in jeder neuen Wohnung "ein Platz für das Badezimmer" vorgesehen sei. Das bedeutet, daß in den neuen Wohnungen keine Badeeinrichtungen mehr installiert werden. Das muß der künftige Mieter auf eigene Kosten beschaffen. Die Einsparungen, für die dies ein Beispiel von mehreren ist, gehen also zu Lasten der Bevölkerung.

Der Staat will auch die verminderten Kosten des Baus dieser weniger komfortablen Wohnungen nicht mehr allein tragen. Der Hauptteil des Wohnungsbaues (im Jahre 1970 sollen es 60 % aller Wohnungen in der Stadt sein), soll durch Genossenschaften erfolgen. Diese sollen von Interessenten gebildet werden, die sich durch gegenseitige Hilfe bei Finanzierung und Bau Eigentumswohnungen schaffen. Die Bevölkerung wird aufgefordert, Bau-sparverträge und andere Sparverträge für sich und ihre Kinder abzuschließen. Die monatliche Mindestsparrate beträgt 100 Zloty (durchschnittlicher Bruttolohn ca. 2.000 Zloty). Wer 20.000 Zloty angespart hat, wird in der Wohnungsbaugenossenschaft als "baureif" betrachtet, er erhält den Rest der benötigten Mittel in Form von Darlehen, die er durch Weiterführung des Sparvertrages abträgt.

Solche Formen der Eigentumsbildung sind im Westen seit langem üblich. Der Unterschied liegt nur darin, daß die Löhne, Gehälter und Einkommen im Westen wesentlich höher liegen als in Polen. Eigentumsbildung zwingt deshalb in Polen zu einer erheblicheren Senkung des schon so niedrigen Lebensstandards, als das in jedem beliebigen westlichen Land notwendig ist. Unter diesen Umständen ist es fraglich, ob sich so viele Menschen für diesen Weg der Eigentumsbildung entscheiden, wie es im Plan vorgesehen ist.

Ein anderes Problem, das der Parteichef in seiner Schlußrede berührte, ist die Arbeitslosigkeit, wobei dieses Wort natürlich niemals gebraucht wurde. GOMULKA sprach von einem "Überschuß an Arbeitskräften". Gegen diesen "Überschuß" kämpft man schon seit Jahren, er ist aber in den letzten zwei Jahren so umfangreich geworden, daß er zu einem der Schlüsselprobleme Polens geworden ist.

Der Leiter des Staatlichen Komitees für Arbeit und Löhne hat in einem Presseinterview am 20. März erklärt:

"Der Zuwachs der Beschäftigtenzahl wird im laufenden Jahre doppelt so hoch wie im Vorjahr liegen und nach dem Plan 255.000 Personen betragen. Alle diejenigen, die das Arbeitsalter erreichen, werden im laufenden Jahr Beschäftigung finden. Wenn man die Gesamtzahlen nimmt, werden wir in diesem Jahre ein Gleichgewicht zwischen den offenen Arbeitsplätzen und dem Angebot der Arbeitskraft erreichen."

Man muß aus diesen Worten schließen, daß dies in den vergangenen Jahren nicht der Fall war. Überdies ist auch der eingetretene Ausgleich zwischen offenen Stellen und Arbeitssuchenden durchaus keine Gewähr für Vollbeschäftigung. In den hochindustrialisierten Teilen des Landes gibt es keinen Arbeitsmangel, weil dort laufend neue Arbeitsstellen geschaffen werden. Dort ist sogar ein dauerndes Defizit an Arbeitskräften zu verzeichnen. In anderen Teilen Polens, und sie umfassen den größten Teil des polnischen Territoriums, ist die Situation umgekehrt. Dort wird wenig investiert und gebaut, und es ist für viele Menschen unmöglich, eine Arbeit zu finden. Schlechte Verkehrsverhältnisse beschränken das sogenannte Pendeln, und einer an sich notwendigen schnelleren Verstädterung stehen die langsamen Fortschritte des Wohnungsbaues, aber auch das konservative Verharren vieler Polen im Dorf im Wege.

Man hat errechnet, daß Polen im kommenden Jahrzehnt 1,5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen muß, um eine Arbeitslosigkeit großen Umfanges zu verhindern. Allein durch den Ausbau der Schlüsselindustrie ist dies nicht zu erreichen. Einmal fehlen dem Staat die nötigen Mittel, zum anderen ist diese Industrie meist standortgebunden. Die Hoffnungen richten sich auf den Ausbau einer breitgestreuten Kleinindustrie und die Förderung des Handwerks, die einen großen Teil der wachsenden Bevölkerung aufnehmen sollen.

Dies erfordert jedoch eine radikale Umstellung in Planung, Investitionen und Verwaltung, so daß es fraglich ist, ob das Ziel wirklich erreicht werden kann. Vor allem was das Handwerk betrifft, wurde es bisher von dogmatischen Funktionären des örtlichen Parteiapparates stets als "Gefahr für den Sozialismus" betrachtet und allen möglichen Schikanen ausgesetzt. Die örtlichen Parteileitungen kümmern sich oft herzlich wenig um die Direktiven aus der Zentrale, die in den letzten Jahren nicht handwerksfeindlich eingestellt war, die Zügel aber schleifen ließ. Jetzt will Warschau aber durchgreifen. Handwerksfeindliche Funktionäre werden zur Ordnung gerufen, und als letzte Maßnahme wurde beschlossen, alle Rechte der gesetzlichen Sozialversicherungen für die im Handwerk beschäftigten Personen einzuführen, um auf diese Weise handwerkliche Berufe und Betriebe attraktiver zu machen.

Einige Teile des Landes, die wegen ihrer hohen Industrialisierung ständigen Fehlbedarf an Arbeitskräften aufweisen, sollen nicht mehr wie bisher ihre Kapazität erweitern. Im Gegenteil sollen nicht standortgebundene Werke in Notstandsgebiete umgesiedelt werden, wo Überschuß an Arbeitskräften herrscht. Die verbleibenden Investitionsmittel für große Industriezentren des Landes wie Schlesien, Warschau, Posen usw. sollen hauptsächlich für die Mechanisierung und für die Automation, also für Einrichtungen, die Arbeitskräfte einsparen, verwendet werden. Dort dagegen, wo Arbeitslosigkeit herrscht, werden die Betriebe angesiedelt, die nach wie vor arbeitsintensiv sind.

2) Wirtschaftliche Ergebnisse im Jahre 1964

Nur um 5,3 % erhöhte sich die industrielle Produktion Polens im Jahre 1963. Diese Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung, die vom Vorsitzenden der Planungskommission, Stefan JEDRYCHOWSKI, als "vorübergehend" bezeichnet wurde, ist durch die Ergebnisse des Jahres 1964 tatsächlich überholt worden. 1964 konnte die Wirtschaft eine Produktionssteigerung von 9,3 % melden. Dagegen stagniert die landwirtschaftliche Produktion trotz aller Bemühungen. Im Vergleich zum Vorjahre erhöht sie sich nur um 0,7 %. Eine große Steigerung erzielte der Außenhandel, und zwar um 11 %. Besonders hervorzuheben ist dabei die Tatsache, daß zum ersten Male die Höhe des Exportes den Import übertraf.

Industrie

Die chemische Industrie erzielte, wie in früheren Jahren, die größte Wachstumsrate im Vergleich zum Jahre 1963 und zwar um 13,3 %. Trotzdem ist diese Entwicklung nicht mehr so schnell wie früher. Der Maschinenbau, der sich früher im allgemeinen so schnell wie die Chemie entwickelte, erzielte eine Erhöhung um 11 %.

In einer Reihe von wichtigeren Produkten erzielte man folgende Produktionsergebnisse:

Erzeugnis	Maßeinheit	erzielte Menge	1963 = 100
Elektroenergie	Milliarden kWh	40,8	109,8
Steinkohle	Mio to	117,4	103,7
Braunkohle	Mio to	20,3	132,2
Koks	Mio to	14,2	102,2
Roheisen	Mio to	5,643	104,6
Rohstahl	Mio to	8,6	107,1
Walzgut	Mio to	5,7	104,6
Zink	Taus. to	186,9	103,2
Kupfer(elektrolitisch)	Taus.to	36,6	123,7
Aluminium	Taus. to	47,8	102,5
spanabheben. werkzeugmasch.	Taus. Stück	29,4	107,5
Elektromotoren	"	2032	124,4
Traktoren (zwei- achsig)	"	19,2	113,0
PKWs	"	20,6	112,6
LKWs	"	26,7	99,5
Hochseeschiffe	Taus. DWT	297,4	103,9
Motorräder, Motorroller	Taus. Stück	152,7	98,4
Fahrräder	"	683,6	103,2
Kühlschränke	"	185,8	154,8
Hauswaschmaschinen	"	565,7	94,3
Radioapparate	"	513,8	105,5
Fernsehapp.	"	413,3	113,1
Schwefel	Taus. to	294,6	125,2
Schwefelsäure (100%)	"	1004	113,1
kalzinierter Soda (98%)	"	596,1	109,7
Ätznatron (96%)	"	214,6	107
Stickstoffdünger (100%)	"	359,4	109
Phosphordünger(100%)	"	315,7	117,1
Vollsynth. Fasern	"	13,5	163,2
Zement	Mio to	8,8	
Papier	Taus. to	625,0	106,5
Baumwollstoffe	Mio m	760,7	109,4
wollstoffe	"	89,9	106,9
Zucker	Taus. to	1650	126,0

Landwirtschaft

Die Gesamtproduktion der Landwirtschaft erhöhte sich zwar um 0,7 %, jedoch ist das nur auf die besseren Ergebnisse der Tierzucht zurückzuführen.

Mitte dieses Jahres betrug der Bestand an Rindern 9,9 Mio (um 1 % mehr als im Vorjahre), der Bestand an Schweinen 12,9 Mio Stück (um 11 % mehr).

Die Erträge aller pflanzlichen Erzeugnisse dagegen um 0,2 % weniger als im Vorjahre. Mit Ausnahme von Weizen erreichte man bei den vier wichtigsten Getreidesorten niedrigere Erträge als im Jahre 1963. Die Hektarerträge betrugen im Durchschnitt für alle Sorten 16,1 dz (93,1 % des Vorjahresultates). Dagegen hat man mehr Hackfrüchte eingebracht als im Vorjahre. Bei Kartoffeln um 7,1 %, bei Zuckerrüben sogar um 17,8 %.

Die Staatsfarmen, auf die sich seit Jahren die Aufmerksamkeit der landwirtschaftlichen Planer konzentriert, erzielten bessere Ergebnisse als die übrige Landwirtschaft. Die Erhöhung der Produktion betrug hier 6,1 %. Die Hektarerträge der vier Getreidesorten waren fast um einen dz höher als bei den Einzelbauern. Auch die Produktionsgenossenschaften erreichten bessere Hektarerträge für Getreide, und zwar 19,0 dz pro ha.

Bauernzirkel, die etwa den Maschinengenossenschaften entsprechen, gab es am Ende des vergangenen Jahres in 77 % der Dörfer. Die Zahl ihrer Mitglieder betrug 1,5 Mio, also um 18 % mehr als im Vorjahre. 72,8 % der Bauernhöfe hatten in der Mitte des vergangenen Jahres einen Anschluß an das Stromnetz (im Jahre 1963 - 69,7 %). Die Zahl der elektrifizierten Staatsfarmen betrug 95,3 % (94,2 %)

Investierungen

113 Milliarden Zloty wurden investiert. Das sind 4 % mehr (gerechnet in vergleichbaren Preisen) als im Vorjahre.

Die sogen. produktiven Investitionen erhöhten sich um 4,6 %. 76,6 % aller Investitionen waren sog. produktive Investitionen (darin Industrie 46,4 %), 23,4 % unproduktive Investitionen (darin Wohnungsbau + 11,5 %). Verglichen mit dem Vorjahre erhöhten sich die Investitionsauflagen für die Industrie um 3 %, für Volksbildung, Wissenschaft und Kultur um 4,6 %, für die Landwirtschaft um 25,7 %.

Im Wohnungsbau errichtete man 328.000 Wohneinheiten (118.000 Wohneinheiten).

Binnenhandel

Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln hat sich im Vergleich zum Vorjahre nicht wesentlich verändert. Das bedeutet, daß die großen Schwierigkeiten in der Versorgung mit Fleisch und Fleisch erzeugnissen nicht überwunden werden konnten. Auch in der Versorgung mit Textilien gab es Engpässe. Die Zahl der für den Binnenmarkt bestimmten Haushaltsmaschinen, Staubsauger, Radioapparate, Motorräder und Motorroller sowie Fahrräder war niedriger als im Vorjahre.

Aussenhandel

Eine Wendung ist auf dem Gebiete des Aussenhandels erzielt worden. Die Steigerung der Umsätze war mit 11,2 % viel größer als im Jahre 1963 (im Vergleich zum Jahre 1962 - 6,2 %). Zum ersten Male seit vielen Jahren gab es eine ausgeglichene Außenhandelsbilanz. Der Wert des Exportes erreichte ca. 2,1 Milliarden Dollar und war damit höher als der Wert des Importes - 2,07 Milliarden Dollar. Diesen Überschuß konnte man allerdings nur durch eine Drosselung der Maschinenimporte aus dem Ausland erzielen. Der Plan dieser Importe wurde nur zu 92,3 % erfüllt, der Wert der importierten Maschinen betrug nur 94,1 % des Vorjahrsstandes. Ob der Verzicht

auf diese für die Wirtschaft Polens sicher wichtigen Maschinen sich nicht nachteilig auswirken wird, läßt sich im Moment nicht sagen. Stark gedrosselt wurde auch der Import der ausländischen Massenbedarfsartikel industrieller Herkunft (110 Millionen Dollar im Vergleich zu 125 Mio Dollar im Vorjahre).

Die Steigerung des gesamten Exportes betrug im Jahre 1964 - 18,4 %, die des Importes - nur 4,7 %. Die entsprechenden Indexzahlen für das Jahr 1963 betragen 7,5 % und 5,0%.

Beschäftigung und Löhne

Die Gesamtzahl der Bevölkerung betrug am letzten Tage des vergangenen Jahres 31,3 Mio., die Zahl der Beschäftigten in der sozialistischen Wirtschaft 7,9 Mio. In der Industrie gab es 3,3 Mio Beschäftigte. Die Zahl der Beschäftigten in diesem Wirtschaftszweig erhöhte sich um 2 % im Vergleich zum Vorjahre. In der gesamten Wirtschaft erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten um 1,4 %. Bauwesen und Handel beschäftigte n weniger Personen als im Vorjahre.

Die höchsten Bruttolöhne gab es, wie schon in den früheren Jahren, im Bauwesen (2259 Zloty). An zweiter Stelle lag die Industrie mit 2129 Zloty Durchschnittslohn, an dritter das Transport- und Verkehrswesen (1955 Zloty). Der durchschnittliche Bruttolohn in der gesamten Wirtschaft betrug 1943 Zloty. Die drei erwähnten Wirtschaftszweige hatten also höhere Löhne als der Durchschnitt. Alle übrigen Wirtschaftszweige hatten niedrigere Löhne als im Gesamtdurchschnitt. Den letzten Platz in dieser Lohnskala nahm (was schon eine Tradition geworden ist) das Gesundheitswesen ein.

Die Steigerung der Bruttolöhne betrug 3 % (für das Bauwesen 4 %). Die nominellen Nettolöhne sollen um 3,5 % höher als im Vorjahr gelegen haben.

Die Lebenshaltungskosten waren im Jahre 1964 um 0,6 % höher als im Vorjahre. Der durchschnittliche Reallohn in der Gesamtwirtschaft erhöhte sich also nach dieser Rechnung um 2,9 %. Die bisherigen Statistiken über die Höhe der Lebenshaltungskosten und damit der Reallöhne erwiesen sich in den vergangenen Jahren jedoch häufig als unzuverlässig. Man muß daher auch die jetzt angegebenen Zahlen mit gewisser Skepsis betrachten.

Der polnische Chefplaner, Stefan JEDRYCHOWSKI, zeigte sich in einem Gespräch mit dem Vertreter der parteiamtlichen "Tribuna Ludu" über die Ergebnisse des vergangenen Jahres zufrieden. Insbesondere wurde von ihm die Einbehaltung der richtigen Proportionen zwischen der Steigerung der Produktion, der Beschäftigung, der Arbeitsproduktivität und des gesamtpolnischen Lohnfonds hervorgehoben.

3) Der "nüchterne" Patriotismus

Die jetzt in Polen heranwachsende Generation steht Begriffen wie "Vaterland" oder "Patriotismus" zurückhaltender gegenüber als die mittlere und die ältere Generation. Dies ist das Ergebnis eines Gespräches der parteiamtlichen "Trybuna Ludu" mit den Vertretern der beiden politischen Jugendorganisationen (eine für die Stadt- und eine für die Landjugend). Nach Meinung der zwanzigjährigen Jugendführer bedeutet "Patriotismus" heute bestensfalls, daß man gut arbeitet. Vor 15 Jahren habe die Jugend große Ziele vor den Augen gehabt, meinen die Jugendführer. Der Aufbau des Sozialismus und der Kampf gegen den Imperialismus seien mit einer anderen Vorstellung verbunden worden als heute. Ein Student, der damals Jura oder Maschinenbau studierte, sollte seine Examen gut bestehen, "um dadurch seine politische Haltung zu manifestieren," weniger aber um in der Zukunft ein guter Jurist oder Ingenieur zu sein.

Damals sei es verpönt gewesen, als Mitglied des Jugendverbandes an sein persönliches, privates Leben zu denken oder gar darüber zu sprechen, man hatte in abstrakten gesellschaftlichen Kategorien zu reden. Der Jugend von damals, die sehr schnell durch die Verlogenheit des stalinistischen Systems ihre Illusionen verlor, schwebte zeitweise als Leitbild der "revolutionäre Held" vor.

Die Haltung eines heutigen Studenten sei völlig anders. Auch er, meinten die Gesprächspartner, fühle sich irgendwie im sozialistischen Aufbau engagiert, auch er habe Idealismus. Er gelange aber von einer anderen Seite zum Sozialismus. Er will Ingenieur, Jurist oder Lehrer werden, er sieht seinen künftigen Platz und seine Karriere in der Gesellschaft und bereitet sich für diese Rolle möglichst gut vor.

Diese "Sachlichkeit" könnte den Verdacht erwecken, daß ihm die persönliche Karriere über alles gehe. Das sei nicht einmal völlig abwegig. Aber heute verbänden sich persönliche Berufsambitionen mit den allgemeinen gesellschaftlichen Aufgaben. Die Schlußfolgerung des Gespräches lautete, die heutige polnische Jugend sei anders, aber in ihrer sachlichen Art nicht weniger patriotisch als früher.